

**Udo Brozowski**  
**Kanalstraße 1**  
**82362 Weilheim**

Bundesministerium für  
Wirtschaft und Energie  
Herrn Bundesminister  
Sigmar Gabriel  
11019 Berlin

Weilheim, den 06.12.2016

### **Vergewaltigung und Mord in Freiburg**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

in Freiburg ist eine junge Frau von einem illegal eingewanderten Afghanen erst vergewaltigt und dann ermordet worden. Ein anderer ähnlicher Fall dort ist noch nicht aufgeklärt. Die Kommentare von politischer Seite zu diesen traurigen Vorfällen empfinde ich als absolut unangebracht.

Es ist meiner Meinung nach unredlich, eine solche Tat zu relativieren, indem man z.B. sagt, dass es solche Morde schon gab, bevor der erste Flüchtling aus Afghanistan oder Syrien gekommen ist. Andere Aussagen sind ähnlich relativierend. Richtig wäre es gewesen, die Tat zu bedauern und Mitgefühl mit den Angehörigen der Frau zu zeigen und sich für die Mitverantwortung zu entschuldigen.

Auch wenn so eine Aussage grundsätzlich richtig ist, ändert es nichts an der Tatsache, dass der Mord nicht passiert wäre, wenn man den Mann nicht hätte einreisen lassen. Alle die Menschen, die durch Migranten und/oder Flüchtlinge zu Schaden gekommen oder sogar gestorben sind, sind ein Opfer der unkontrollierten Einwanderung geworden.

Freundliche Grüße

Udo Brozowski

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Herrn  
Udo Brozowski  
Kanalstraße 1  
82362 Weilheim

Achim Schreier  
Abteilung Kommunikation  
Referat Direktkommunikation

Fon: 030 - 25991-500  
Fax: 030 - 25991-375  
parteiivorstand@spd.de

**16.12.2016**

**Ihr Schreiben vom 6. Dezember 2016**

Sehr geehrter Herr Brozowski,

vielen Dank für Ihr Schreiben an den SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel.

Sicherlich haben Sie Verständnis dafür, dass der SPD-Parteivorsitzende, Herr Sigmar Gabriel, nicht alle an ihn gerichteten Zuschriften persönlich beantworten kann. Er hat mich gebeten, auf Ihre Nachricht zu antworten.

Um eins von Anfang an klar zu stellen: Niemand relativiert die schreckliche Tat.

Was wir gerade sehen ist, dass durch ein einzelnes abscheuliches Verbrechen, das mutmaßlich von einem jungen Asylbewerber begangen wurde, von den Rechten gerade ein Sturm der Hetze pauschal gegen alle Flüchtlinge und Asylbewerber losgetreten wird. Asylbewerberinnen und Asylbewerber werden unter Generalverdacht gestellt, Verbrecher zu sein. Finden Sie das in Ordnung?

Meinen Sie nicht auch, dass die Angehörigen und Freundinnen und Freunde des Opfers Anteilnahme verdienen, und nicht politische Instrumentalisierung?

Um es nochmal ganz deutlich zu machen: Es ist ein abscheuliches Verbrechen.

Es muss uns doch jetzt darum gehen, den Täter zu ermitteln, vor Gericht zu stellen und hart zu bestrafen und nicht weiter Vorurteile zu schüren und Hass und Hetze zu verbreiten.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Willy-Brandt-Haus



Achim Schreier  
SPD-Parteivorstand

**Udo Brozowski**  
**Kanalstraße 1**  
**82362 Weilheim**

SPD-Parteivorstand  
Herrn Schreier  
Wilhelmstraße 141  
10963 Berlin

Weilheim, den 19.12.2016

**Ihr Schreiben vom 16.12.2016**

Sehr geehrter Herr Schreier,

für Ihre Antwort auf mein Schreiben bedanke ich mich. Ich bleibe jedoch bei meiner Aussage, dass Herr Gabriel die Tat relativiert hat. Sie behaupten, dass von den Rechten (wen meinen Sie damit?) ein Sturm der Hetze gegen alle Flüchtlinge und Asylbewerber losgetreten wurde. Das konnte ich nicht beobachten und niemand hat diesen Personenkreis unter Generalverdacht gestellt. Das ist ein Argument, dass immer wieder von interessierten Kreisen wiederholt wird. Tatsache ist, dass jeden Tag in Deutschland von den Migranten eine hohe Zahl von Straftaten und Sexualdelikten begangen werden. Und die Verantwortung dafür trägt die Bundesregierung und eben auch Herr Gabriel, der die Politik der Kanzlerin mitgetragen hat. Sie schreiben über Anteilnahme, aber genau das vermisse ich bei vielen Politikern, die immer nur so tun, als würde es sich um normale Straftaten handeln, die es immer schon gegeben habe. Das stimmt nicht, denn diese Taten entstehen dadurch, dass man diesen Personenkreis entgegen der gesetzlichen Regelung ohne ausreichende Prüfung nach Deutschland reingelassen hat.

Übrigens hat auch Gesine Schwan in der Sendung "Hart aber fair" in unzulässiger Weise relativiert. Als es um die vielen sexuellen Übergriffe in Köln ging, sagte sie "Die größte Zahl von sexuellen Übergriffen passiert in den deutschen Familien. Das ist das größte Problem und nicht die Übergriffe, die sie nennen." Im Klartext sagt sie, dass die Übergriffe in Köln gar nicht so schlimm waren. Ob die betroffenen Frauen das auch so sehen?

Jemand, der über diese Taten schreibt und sich über solche Relativierungen ärgert, betreibt keine Hetze und verbreitet keinen Hass. Aus der Tatsache, dass ein Fernsehsender den Mord in Freiburg in den Nachrichten nicht erwähnt hat, kann man erkennen, worum es geht. Nämlich darum, dass solche Taten nach Möglichkeit nicht immer zu bekannt werden sollen.

Übrigens habe ich Jahrzehnte lang SPD gewählt und war auch mal Mitglied. Aber die jetzige Politik der SPD hat mich bewogen, mein Wahlverhalten zu ändern.

Freundliche Grüße

Udo Brozowski